

AJ

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

Protokoll

11. Sitzung (nicht öffentlich)

5. Juni 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Stump (CDU)

Stenographen: Scheidel, Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Rahmenkonzept Sonderabfall

1 - 15

Bericht des Ministers Matthiesen und anschließende Diskussion.

Der Minister sagt zu, von den Abgeordneten erbetene Synopsen zu erstellen.

Seite

2 Stand des landesweiten Dioxin-Meßprogramms

16 - 17

Bericht des Ministers Matthiesen.

3 Ausstieg aus der Verwendung und Produktion von PVC

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/808

Zuschriften 11/318, 11/337, 11/387, 11/396

17 - 20

Der Antrag wird nach eingehender Diskussion gegen die Stimme des Vertreters der GRÜNEN abgelehnt.

Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Stump (CDU) benannt.

4 Genehmigung einer Spanplattenfabrik in Brilon

20 - 21

Staatssekretär Dr. Baedeker (MURL) beantwortet Fragen des Abgeordneten Kuhl (F.D.P.).

5 Landesplanung zeitgemäß und zukunftsweisend**Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1339**

21

Die Behandlung des Antrags wird zurückgestellt, bis ein Antrag der SPD-Fraktion mit der gleichen Zielsetzung vorliegt.

6 Gefahrgutbeauftragten-Verordnung

21 - 24

Bericht des MR Dr. Deden (MAGS). Daran schließt sich eine Diskussion an. In deren Verlauf regt Abgeordneter Lindlar (CDU) an, daß der umweltpolitische Aspekt nicht nur der zunehmenden Gefahrguttransporte einmal zum Gegenstand der Beratung im Ausschuß gemacht wird.

7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337 EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/1481**

24 - 25

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Behandlung des Gesetzentwurfs zu vertagen und angekündigte Änderungsanträge vorab untereinander auszutauschen.

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung
11. Sitzung

05.06.1991

Seite

8 Ablehnung des Neu- und Ersatzbaus von Atomkraftwerken

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1563

25 - 26

Auf Vorschlag des Abgeordneten Strehl (SPD)
soll der Antrag erneut behandelt werden, wenn das
von der Landesregierung für den Herbst 1991 ange-
kündigte Energieszenario zur Diskussion steht.

9 West-Ost-Verkehrsinfrastruktur

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/1340

in Verbindung damit:

**Berücksichtigung der nordrhein-westfälischen Verkehrs-
bedürfnisse im ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1560

und

Die Zukunft des Verkehrs: Vorrang für den Umweltverbund

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1567

26 - 30

Der Ausschuß beschließt einstimmig folgendes von der
Abgeordneten Dr. Schraps (CDU) vorgeschlagene Votum
an den federführenden Verkehrsausschuß:

Der Umweltausschuß fordert den Verkehrsausschuß auf, bei dessen Beratung über die Anträge die ökologischen Aspekte vorrangig zu beachten und ökologische Auswirkungen bei der Verkehrswegeplanung möglichst zu vermeiden.

10. Verschiedenes

- | | |
|--|----|
| a) Abgeordnete Reinecke (SPD) zur Reise des Ausschusses zu Bayer, Leverkusen | 30 |
| b) Mitteilung des Vorsitzenden betreffend öffentliche Anhörung zum Landesabfallgesetz am 18. Juni 1991 | 31 |
| c) Weltkindertag am 20. September 1991 | 31 |

Nächste Sitzung: 18. Juni 1991

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung
11. Sitzung

05.06.1991
zi-mm

Vorsitzender Stump bestätigt, daß bisher nur der Verkehrs-, nicht der Umweltaspekt der "rollenden Warenlager" gesehen worden sei. Zur Vertiefung des Umweltaspektes sollte dem Thema daher einmal ein eigener Tagesordnungspunkt gewidmet werden.

Damit erklärt sich der **Ausschuß** einverstanden.

7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337 EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/1481**

Vorsitzender Stump teilt mit, daß sich der federführende Hauptausschuß frühestens am 4. Juli 1991 mit diesem Gesetzentwurf befassen werde, und fragt Staatssekretär Dr. Baedeker, ob es sinnvoller sei, wenn der Ausschuß die Diskussion über dieses Thema mit derjenigen über das Landesplanungsgesetz verbinde.

Staatssekretär Dr. Baedeker (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) stellt klar, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung kein Planungsinstrument, sondern nach der EG-Richtlinie eine projektbezogene Prüfung sei. Von der EG werde noch überlegt, ob eine Richtlinie für eine Planungs-UVP geschaffen werden solle.

Er halte eine Verbindung mit dem Landesplanungsgesetz nicht für gut, weil zum einen kein direkter Zusammenhang zwischen UVP und der Einführung des Raumordnungsverfahrens bestehe, zum zweiten die Bundesrepublik innerhalb der EG in Mißkredit geraten könnte, wenn sie die rechtlichen Schritte zur Umsetzung der Richtlinie nicht so schnell wie möglich veranlasse.

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

05.06.1991

11. Sitzung

zi-mm

Abgeordnete Reinecke (SPD) beantragt, die Behandlung des Gesetzentwurfs zu verschieben, und kündigt an, daß die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zu Artikel 7 das Abgrabungsgesetz betreffend einbringen werde.

Abgeordneter Mai (GRÜNE) teilt mit, daß seine Fraktion eine ganze Reihe von Änderungsanträgen zu Artikel 7 stellen werde, und bittet, daß die Änderungsanträge der Fraktionen vorab untereinander ausgetauscht würden.

8 Ablehnung des Neu- und Ersatzbaus von Atomkraftwerken

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1563

Abgeordneter Pangels (CDU) legt dar, seine Fraktion trete für einen Energiemix ein. Die Kernenergie sei dabei derzeit unverzichtbar, denn durch sie könnten eine klimaverträgliche Energieversorgung gewährleistet und das vorgegebene CO₂-Reduktionsziel europaweit erreicht werden. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde im übrigen zum einen dazu führen, daß Strom aus anderen Ländern gekauft werden müßte, zum anderen würde die Forschung nach einer sichereren neuen Generation von Kernkraftwerken eingestellt.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.) schickt voraus, daß die Landesregierung und auch die GRÜNEN bestrebt seien, aus der Braunkohle auszusteigen, und daß der Vorrat an den herkömmlichen Energieträgern Öl, Gas und Kohle eines Tages zu Ende gingen, und wirft die Frage auf, wie der künftige Energiebedarf gedeckt werden sollte, wenn auch die Kernenergie nicht mehr zur Verfügung stünde. Es gelte auch zu bedenken, daß die osteuropäischen Länder nach deren Öffnung mehr Energie bräuchten, so daß der Vorrat an den herkömmlichen Energieträgern schneller als bisher prognostiziert abgebaut sein werde.

Durch erneuerbare Energien werde gegenwärtig nur 5 % des gesamten Energiebedarfs gedeckt. Da dieser Satz in absehbarer Zeit auf maximal nur 15 % ausgeweitet werden